

Freie Meinung

Ausgabe 3/2014

Neuer Schwung!

Viel Erfolg im neuen Schuljahr

IN DIESER AUSGABE

Zu lange Ferien?
fragt Siegfried Neyer

Türkisch als neues Maturafach
überlegt
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Latein
tot oder lebendig
Dieter Grillmayer
stellt sein neuestes Buch vor

Es geht um die Wurst
informiert
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

PV-Wahl im Herbst 26./27. November



Chance für einen neuen Weg!

Zu lange Ferien?

Von Siegfried Neyer



Diese Frage wird wohl von der Mehrheit der Bevölkerung bejaht werden. Trotzdem hoffe ich, dass sie alle schöne und erholsame Sommerferien genossen haben und mit frischem Elan ins neue Schuljahr starten können.

Die Diskussion über die Länge der Sommerferien ist Ende des letzten Schuljahres wieder in Fahrt gekommen. Immer mehr berufstätige Eltern haben Probleme, die Betreuung ihrer Kinder in den neun Wochen Sommerferien zu gewährleisten und fordern daher eine Kürzung der Sommerferien etwa auch zugunsten von Herbstferien oder der Verlängerung der Osterferien. Dazu sei darauf hingewiesen, dass es vom FLÖV einen vor über 20 Jahren erarbeiteten, sehr gut durchdachten Vorschlag für eine Neuverteilung der Ferienzeiten gibt. Dieser ist dann auch in die Bildungsprogramme der FPÖ übernommen worden. Auch wenn die meisten Länder Europas ähnlich lange oder noch längere Sommerferien haben, gibt es auch Beispiele für eine bessere Verteilung, zum Beispiel in Deutschland und der Schweiz. Das Modell des

FÖLV geht davon aus, dass nach jeweils ca. sechs Wochen Schulzeit ein bis zwei Wochen Ferien folgen sollen. Außer wiederholten Diskussionen über die Länge der Ferien hat sich in über 20 Jahren praktisch nichts getan. Lediglich in Vorarlberg wurden Herbstferien zwischen Nationalfeiertag und Allerheiligen eingeführt, indem die Dienstage nach Ostern und Pfingsten und einige schulautonome Tage dafür eingesetzt wurden.

Die Diskussion um die Ferien darf aber nicht zu einer reinen Frage der Kinderbetreuung werden. In erster Linie sind pädagogische Überlegungen in den Vordergrund zu stellen, was beim Modell des FÖLV ja der Fall ist. Anliegen des



Tourismus, der Kinderbetreuung und der Ferialpraktika sind erst in zweiter Linie zu berücksichtigen.

Eine sehr beunruhigende Meldung unterbrach Ende Juli die Ferienstimmung: Bei den Aufnahmeprüfungen an die PHs scheiterten zum Teil fast die Hälfte der Kandidaten in Deutsch, im Österreichdurchschnitt ein Drittel. Vor allem die Rechtschreibung soll sehr mangelhaft sein. Auch wenn die Ursachen jetzt erforscht werden soll, wirklich überraschen kann das ja wohl nicht, wurde doch die Bedeutung des Faches Deutsch und hier vor allem der Recht-



schreibung in den letzten Jahren immer mehr reduziert, auch durch Verminderung der Stundenzahl.

Eine hochinteressante Meldung flackerte dann auch am 24.07. über die ZiB2: im neuen Integrationsbericht aus dem Ministerium von BM Kurz fordern Experten, dass im Gegensatz zur bisherigen Praxis Kinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen zumindest zeitweise in eigenen Gruppen oder Klassen unterrichtet werden sollen (Modell Hamburg). Unweigerlich fällt einem Freiheitlichen das Volksbegehren „Österreich zuerst“ vor über 20 Jahren ein. Die Forderung nach eigenen Ausländerklassen bei einem Anteil von über 30% Schüler mit nicht deutscher Muttersprache wurde unisono von Rot, Grün und Schwarz als rassistisch verurteilt. Ein integrativer Unterricht bringe bessere Ergebnisse. Nach über 20 Jahren ist man offenbar gescheiter geworden.

Abschließend wünsche ich ihnen allen alles Gute und viel Erfolg für das neue Schuljahr und viel Kraft und Ausdauer für die Herausforderungen.

Türkisch als Schulfach mit Matura?

Von Josef Pasteiner

Mit dem Wahlkampfauftritt des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan in Wien wurde dies von linken Kreisen gefordert.

In unseren Gymnasien und Realgymnasien wird Englisch bekanntlich ab der 1. Klasse als erste Fremdsprache unterrichtet. In der Regel kommt in den Gymnasien Latein ab der 3. Klasse als zweite Fremdsprache dazu. Nur wenn es der SGA (Schulgemeinschaftsausschuss = je ein Drittel Lehrer – Eltern – Schülervertreter) so entscheidet, kann auch Französisch statt Latein gewählt werden.

In der Oberstufe der Gymnasien kommt als dritte Fremdsprache Französisch dazu. Der SGA kann aber auch eine andere der europäischen Welt- und Kultursprachen wählen, z. B. Spanisch. Im selten gewordenen humanistischen Gymnasium gibt es als dritte Fremdsprache ab der 5. Klasse das klassische Griechisch. Im Realgymnasium kommt ab der 5. Klasse als zweite Fremdsprache Latein, Französisch, Spanisch oder Italienisch dazu.

Ab der 6. Klasse können die Schüler aus dem Angebot der Wahlpflichtfächer der AHS eine weitere Fremdsprache, mit zwei Wochenstunden ohne Schularbeiten, wählen. Wenn es an der Schule einen ausgebildeten Professor dafür gibt, sind auch Ungarisch, Tschechisch, Russisch, Rumänisch, Chinesisch, Japanisch usw. möglich.

Es können faktisch alle Kultursprachen unterrichtet werden, für die es an unseren Universitäten ein Lehramtsstudium gibt. Dieses gibt es nicht für Türkisch und die ihm eng verwandten Turksprachen der Kasachen, Turkmenen, Usbeken, Aserbeidschanen, Baschkiren, Tataren, Chasaren, Kumanen, Tadschiken, Kirgisen, Ogusen, Jakuten und Uiguren. Jetzt ein neues Lehramtsstudium

für Türkisch einzurichten, wo den Hochschulen ohnehin schon das Geld an allen Ecken und Enden fehlt, ist eigentlich unmöglich.



Dazu kommt, dass Türkisch weder eine Weltsprache noch eine europäische Kultursprache ist.

Derzeit bietet in Österreich nur ein einziges Wiener Abendgymnasium Türkisch im Schulversuch als Maturafach an, wozu es in der Türkei ausgebildete Lehrer mit österreichischer (?) Staatsbürgerschaft einsetzt. In Wien bieten auch zwei NMS Türkisch als zweite Fremdsprache an. Das ist ungewöhnlich, weil in den NMS und HS sonst nur eine Fremdsprache gelehrt wird, welche in der Regel Englisch ist.

Die Diskussion über Türkisch als Maturafach wurde kürzlich angefasst, weil sich bei einer „Befragung“ angeblich 50 AHS-Direktoren dafür ausgesprochen hätten. Sollten sie diese Antworten wirklich gegeben haben, dann nur als Reaktion auf eine

Suggestivfrage und im Bewusstsein, dass es dafür ohnehin keine Lehrer gibt.

Seit dem Beginn der Anwerbung von Türken als „Gastarbeiter“ 1964 leben bei uns nun schon 275.000 eingebürgerte Türken (davon mutmaßlich über 80% mit verbotener heimlicher Doppelstaatsbürgerschaft) und offiziell 115.000 als Ausländer. Diese knapp 5 Prozent der Staatsbevölkerung stellen aber bereits mehr als 15 Prozent unserer Volksschüler! Es muss sehr bezweifelt werden, ob Türkisch im Schulunterricht viel zur Integration dieser großen türkischen Minderheit in Österreich beitragen würde. Der Weg zur höheren Bildung ist nämlich nur über eine perfekte Beherrschung der deutschen Sprache sowie zusätzlich der schon genannten europäischen Welt- und Kultursprachen möglich.

Aufgrund diesbezüglicher großer Sprachmängel zeigt der jüngste deutsche Bundesbildungsbericht ein ernüchterndes Erlebnis: „Migranten oder Deutsche mit Migrationshintergrund verfehlen fünfmal häufiger den allgemeinen und dreimal häufiger den beruflichen Bildungsabschluss, obwohl die Bildungsausgaben ständig steigen. Ursache ist meist der

mangelnde Bildungsehrgeiz des Elternhauses. Besonders schlimm trifft es türkischstämmige Frauen. Von ihnen haben 60 Prozent keinen Bildungsabschluss. Fast die Hälfte der jungen Deutschtürken hat keinen Bildungsabschluss.“
Übrigens hat die Türkei im Zuge der „Europäisierung“ durch Ata-

türk erst 1928 die lateinische Schrift statt der Arabischen eingeführt, bei einer Analphabetenzahl von über 80 Prozent. Erst 1935 wurde eine fünfjährige Schulpflicht eingeführt, die erst 1997 (!!!) durch eine achtjährige ersetzt wurde. Bei den PISA-Studien bildet die Türkei regelmäßig

das Schlusslicht. Im Gegensatz zu Österreich besteht in den Schulen der Türkei aber noch immer ein Kopftuchverbot.

OStR. Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Bundesobmannstellvertreter und Obmann von N.Ö. der Freiheitlichen Lehrer und Mandatar im Kollegium des Landesschulrats für N.Ö.

Eigene Förderklassen für Migranten!

Von LAbg. Mag. Lackner

„Dass durch die massive Zuwanderung in unserem Land das Bildungsniveau sinken könnte, befürchten laut aktueller Jugendstudie gleich ein Drittel der Befragten“, sagt FPÖ-Jugendsprecherin Mag. Silke Lackner. „75 Prozent der Jugendlichen ohne bzw. 72 Prozent der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind der Meinung, dass Zuwanderer gut Deutsch lernen müssen.“

Die Realität sieht allerdings anders aus, denn nicht einmal 15 Prozent der Kinder schaffen das Niveau für den Volksschuleintritt. Neben einer verstärkten frühen Sprachförderung sind auch Maßnahmen in den Schulen notwendig.“

Für jeden siebten Schüler in Oberösterreich ist Deutsch nicht die Muttersprache, 42 Prozent der Volksschulkinder werden als außerordentliche Schüler geführt. „Das heißt, dass über 5.300 Kinder zwar am Regelunterricht teilnehmen, aber nur teilweise oder gar nicht benotet werden. Der Grund liegt bei den mangelnden Sprachkenntnissen“, so Lackner. Die FPÖ beantragte daher im Jänner 2013, dass den Kindern ausreichende Deutschkenntnisse vermittelt werden müssen. „Das bedeutet eigene Förderklassen für die Betroffenen, bis sie dem Re-

gelunterricht folgen können. Der Status ‚außerordentlicher Schüler‘ wäre dann hinfällig. Leider wurde unser Antrag in den Bildungsausschuss schubladisiert, wo er immer noch liegt.“

„Die deutsche Sprache ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration und zum beruflichen Erfolg. Damit Kinder und Jugendliche nicht zu Schulabbrechern und zu den Arbeitslosen von morgen werden, ist der Erwerb von ausreichenden Sprachkenntnissen das Gebot der Stunde“, so Lackner.

LAbg. Mag. Lackner: FPÖ gegen „Modulare Oberstufe“

Zu der am 12. Juli im Landtag erhobenen Forderung von ÖVP, SPÖ und Grünen, dass in der Oberstufe eine modulare Gestaltung der Unterrichtsgegenstände erfolgen soll, hält FPÖ-LAbg. Mag. Silke Lackner fest: „Die FPÖ spricht sich klar gegen die ‚modulare Oberstufe‘ aus. Denn sie ermöglicht ein Aufsteigen in die nächste Schulstufe auch dann, wenn zwei ‚Nicht genügend‘ im Zeugnis stehen. Das ist für die Entwicklung unserer Schüler negativ. Spätestens bei der Matura wird es zu Problemen kommen, da die mangelnden Kenntnisse nicht so einfach wettzumachen sind.“

Aber auch im täglichen Unterricht ist ein Modulsystem kontraproduktiv, „denn es zerlegt das zu vermittelnde Wissen in kleine Stücke. Ein Denken in Zusammenhängen findet nicht statt. Aber genau diese Fähigkeit soll in der Schule vermittelt werden“, nennt Lackner einen weiteren Grund für die Ablehnung der FPÖ.

Eine Lehrerin zwischen zwei Welten

Raus aus der Neuen Mittelschule, rein in das Gymnasium: Theresa Wilsons Arbeitsplätze befinden sich zwar in derselben Gasse, Unterricht und Leistungsniveau in den beiden Schulen könnten aber kaum unterschiedlicher sein.

Die Zeit ist knapp: Radschloss entsperren, Helm aufsetzen und ein paar kräftige Tritte in die Pedale – und schon hat Theresa Wilson ihren Arbeitsplatz gewechselt. Die Lehrerin unterrichtet nämlich nicht an einer, sondern an zwei Schulen. Die sind zwar in ein und derselben Gasse im neunten Bezirk in Wien angesiedelt, in gewisser Weise liegen aber Welten zwischen ihnen.

„Frau Lehrerin“ wird Wilkinson in der einen Schule gerufen, in der anderen heißt sie „Frau Professor“. Die 29-jährige Englisch- und Biologielehrerin gehört nämlich zu der kleinen Gruppe von AHS-Lehrern, die sowohl an einem Gymnasium als auch an einer Neuen Mittelschule (NMS) unterrichten. Sie erfüllt damit einen Wunsch der Regierung. Deren Grundgedanke war es, in dem neuen Schultyp nicht nur Hauptschullehrer, sondern auch Lehrer aus Gymnasien und berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS) einzusetzen.

Wilkinson wurde dadurch Teil zweier sehr unterschiedlicher Systeme. Es ist Freitagmorgen, acht Uhr. Der Schultag beginnt für sie an der NMS. Dort steht Englisch auf dem Programm. Gelernt wird in einer kleinen Gruppe. „Speaking is still difficult for you“, leitet die Lehrerin die Sprechübung ein. Wenige Augenblick danach – als eine Schülerin zu spät zum Unterricht kommt – bestätigt sich diese Behauptung: „Sorry for Zuspätkommen“, stammelt die Schülerin. Die Englischkenntnisse der Zweitklassler sind – milde gesagt – ausbaufähig. Und sie sind sehr unterschiedlich. Denn während manche Schüler die Sprechübung gut bewältigen,

scheitern andere daran, den Satz „I live in Vienna“ richtig vom Zettel abzulesen.

Der Schulwechsel ist unbeliebt

So wird der Unterricht trotz der kleinen Gruppen zur Herausforderung. Kaum kümmert sich Wilkinson um die Schwachen, beginnen die Besseren zu tratschen; und umgekehrt. Zwischendurch diskutieren die Zwölfjährigen schon einmal, ob es legal ist, Wasserpfeife zu rauchen, und wer mit wem zusammen ist.

Nur wenige AHS-Lehrer wagen sich überhaupt an eine NMS. Laut einer aktuellen parlamentarischen Anfragebeantwortung unterrichtet an fast der Hälfte der mehr als 900 Neuen Mittelschulen kein einziger AHS- oder BMHS-Lehrer. Der Einsatz ist zwar nicht verpflichtend, aber stark erwünscht. In Wien können die Neuen Mittelschulen diesem Wunsch so gut wie gar nicht gerecht werden. Denn an 80 Prozent der Neuen Mittelschulen sind keine Bundeslehrer im Einsatz. In Oberösterreich ist das an 65 Prozent der NMS der Fall, in Vorarlberg sind es 60 Prozent. Nur im Burgenland unterrichten an allen Neuen Mittelschulen AHS- oder BMHS-

Pädagogen.

Auch als an Wilsons Stammschule, dem BRG 9 in der Glaser-gasse, die Nachbarschule anklopfte und die AHS-Lehrer einlud, in der NMS zu unterrichten, haben viele dankend abgelehnt. „Ich glaube, es ist die Furcht vor dem, was in der anderen Schule passiert“, sagt Wilkinson. Der Lehrermangel tut sein Übriges. Viele Kollegen seien an der AHS mit Überstunden mehr als ausgelastet.



Wilkinson selbst ist seit drei Jahren an der NMS Glaser-gasse. „Ich wollte einer gewissen Betriebsblindheit vorbeugen“, argumentiert sie ihre Entscheidung. Bereut hat sie es nicht. Im Gegenteil: Sie will weiter an der NMS bleiben. Die Idee, dass AHS- und NMS-Lehrer gemeinsam unterrichten, hält sie für eine gute. Doch sie weiß: Das politisch hochgelobte Teamteaching ist in der Praxis

nicht ganz so einfach zu verwirklichen. Denn gutes Teamteaching braucht auch eine gute Vorbereitung. Und das ist – zumal Wilkinson den Großteil der Woche gar nicht an der NMS verbringt – nicht immer einfach. Koordiniert wird vieles per E-Mail oder Telefon.

Auch nach Wilkinson's zweiter

„An der NMS ist es anstrengender“

Einheit an der NMS an diesem Freitag bleibt kaum Zeit, sich zu besprechen. Sie muss während der 15-minütigen Pause an die AHS. Am Ziel angekommen bleibt noch Zeit für einen Schluck Wasser. Dann geht es in die dritte Klasse. Der Unterschied wird sofort augenscheinlich.

Die Schüler arbeiten in Zweiergruppen – diszipliniert und motiviert. Sie sind ein Jahr älter als die

NMS-Schüler, die Wilkinson in der Stunde zuvor unterrichtet hat, sprechen aber schon fließend Englisch. Sie berichten von ihren Urlauben in Paris und San Francisco – und zwar ganz ohne von einem Zettel abzulesen. Das macht Wilkinson stolz: „You are getting really fluent.“

Ihr selbst macht das Unterrichten an beiden Schulen Spaß. Aber: „Anstrengender ist es in der NMS. Ich muss an der AHS schon viel disziplinieren. An der NMS ist das aber noch mehr“, sagt die Lehrerin. Das Leistungsniveau sei ebenso ein anderes: „Als ich damals sowohl im Gymnasium auch in der NMS eine erste Klasse in Englisch übernahm, machten die Schüler ähnliche Fortschritte. Doch nach zwei Monaten kam der Knackpunkt“, sagt Wilkinson. Plötzlich zogen die AHS-Schüler ihren Kollegen an der NMS davon. Woran das liege, wisse sie nicht.

Dass Familie sowie sozialer Hintergrund eine große Rolle spielen, glaube sie schon. Es sind die Kleidung, die Sprache und der Umgang mit den Schulsachen, die sich am deutlichsten unterscheiden, sagt Wilkinson. Das liege nicht an den Kindern allein: „Wenn man die Eltern trifft, versteht man viele Kinder deutlich besser.“

In der politischen Diskussion um die Gesamtschule bezieht sie angesichts ihrer Erfahrungen klar Position: „Ich halte absolut nichts von einer Gesamtschule. Ich finde sogar, dass die ideale Schule noch einmal gesplittet werden sollte.“ In der NMS dürfte das nicht alle freuen. Direktorin Anna Maria Rapp ist jedenfalls ganz anderer Meinung.

Quelle: Julia Neuhauser in „Die Presse“ vom 10.06.2014

Die „Moderne Kunst“ Ephraim Kishon

Die moderne Kunst ist ein Welt-Bluff, die größte Betrugerei, die es je gab. Ein Jahrhundert dauert es schon und niemand sagt ein Wort – wagt ein Wort zu sagen –, weil der ist sofort von der Kunstmafia in den Massenmedien erledigt. Ich habe den Drang gefühlt, die Wahrheit zu sagen, einfach die Wahrheit: nicht beinahe die Wahrheit, sondern die volle Wahrheit. Und weil ich selbst Kunsthistoriker bin, habe ich es nicht nur sarkastisch gemacht, sondern auch als Fachmann. Meine Meinung ist absolut und total, wie soll ich sagen: mörderisch.

Moderne Kunst ist ein Bluff, unerträgliche Gaukelei und Betrugerei, und es ist mir unverständlich, wie es die Menschheit duldet. Es gelten Schrott und ekelhafte Schmiererei – ich muß sagen, wenn man dort spaziert und es sich anschaut, hat man das Gefühl: Entweder bin ich nicht normal oder die Welt.

Über alles macht man Umfragen. Aber über die moderne Kunst wird nie eine Umfrage gemacht, weil sie die Antwort zu 99 Prozent wissen: „Es ekelt mich“, „häßlich“ usw. Also fragt man nicht. Alle Museen, alle Galerien und Privathäuser sind voll mit diesem modernen Schrott – aber im Wert von Milliarden Dollar. Also sind sie nicht bereit zuzugeben: Ich habe mein Museum gefüllt mit Schrott. Sie müssen kämpfen dafür. Deswegen: Ich bin ein Todfeind von dieser Kunst.

Rot-grüne Undemokraten

Wie es die gutmenschliche Linke mit der freien Meinungsäußerung und der Demokratie hält, ist längst bekannt. So erklärte die Salzburger ÖH unlängst die FPÖ zu undemokratischer Partei und schloss sie von einer Diskussion zum Thema „Prostitutionspolitik in Salzburg und im internationalen Vergleich“ einfach aus.

Zu dieser Veranstaltung wurden von der ÖH-Salzburg Vertreter aller Parteien eingeladen. Nur die FPÖ und ihre studentische Interessensvertretung, den Ring freiheitlicher Studenten (RFS), haben sie dabei ausgeschlossen. Die derzeitige grün-rote Koalition an der Salzburger Uni, bestehend aus GRAS und VSStÖ, scheint das gleiche Demokratieverständnis wie ihre Genossen in Wien zu haben. Mit einer Meinung, die unliebsam ist, setzt man sich inhaltlich nicht auseinander: sie muss bekämpft und vernichtet werden.

Die FPÖ Salzburg, insbesondere die Landtagsabgeordnete Marlies Steiner-Wieser reagierte ihrerseits mit einem öffentlichen Brief an die Verantwortlichen, in dem sie erläuterte, dass diese Thematik alle Parteien etwas angehe und die Hochschülerschaft jegliche Fraktionen mit einzubeziehen habe. Die Reaktion der linken ÖH-Vertretung sprach für sich. Man wiederholte lediglich seine Grundsätze, nach denen die FPÖ schlicht deshalb nicht eingeladen wurde, weil sie von GRAS und VSStÖ als undemokratisch angesehen werde.

„Zugleich vertritt die ÖH Salzburg die Idee einer wehrhaften Demokratie, also das Prinzip, dass sich eine Demokratie selbst schützen darf. Verkürzt gesagt: Undemokratische Kräfte haben keinen Anspruch darauf, am demokratischen Prozess teilzunehmen“, heißt es in dem öffentlichen Schreiben der Verantwortlichen aus dem ÖH-Büro.

Zwar erkennen die studentischen Parteien die Existenz der FPÖ an, verstehen sich aber in solch einer Demokratie, in der die freiheitliche Partei eigentlich verboten werden sollte. „Somit vertritt die ÖH Salzburg die Position, dass zwar jede Partei eine Existenzberechtigung hat, sich daraus jedoch noch lange nicht der Anspruch ableitet, deswegen als Wahlpartei bei demokratischen Wahlen antreten zu dürfen.“

Eine interessante Umdeutung unserer Demokratie stellen aber nicht nur jene Äußerungen dar, sondern auch der Glaube, dass nur die eigene Meinung einen Anspruch auf Gültigkeit habe, andere Meinungen dagegen irrelevant seien: „Was die Veranstaltung der ÖH Salzburg angeht, bestand jedoch schlicht kein Interesse an der FPÖ-Meinung zu diesem Thema“.

Quelle: „Unzensuriert.at“ vom 15. Juni 2014

Islamismus an britischen Schulen

Es ist schon ziemlich extrem, was an den Schulen in Birmingham vorfiel: Weihnachts- und Osterfeiern wurden untersagt, Buben und Mädchen mussten getrennt sitzen, Kunst- und Musikunterricht fand nicht statt, und eine Klasse machte einen Ausflug, der satte 50.000 Pfund kostete: nach Mekka, zum Pilgern. Ein Skandal hat Großbritannien erfasst, der die islamistische Unterwanderung von staatlichen Schulen offenlegt.

Birmingham, die zweitgrößte Metropole des Landes, hat eine erhebliche muslimische Bevölkerung. Im März sorgte ein anonymes Brief für Aufsehen. Er warnte, dass an vielen Schulen Birminghams eine Operation „Trojanisches Pferd“ im Gange sei: Moderate Schulleiter würden durch Elternvertreter hinausgedrängt, um das Curriculum fundamentalislamisch auszurichten.

„Kultur von Angst und Einschüchterung“

Der Erziehungsminister Michael Gove veranlasste eine umfassende Schulinspektion durch die Aufsichtsbehörde Ofsted. Die Ergebnisse waren ernüchternd: Von 21 Schulen bestanden nur drei den Test. Dreizehn erhielten Auflagen, und bei fünf Schulen wurde das Prädikat „ungenügend“ vergeben.

Eine „Kultur von Angst und Einschüchterung“ herrsche an den Schulen, befand der Bericht, der Unterricht würde auf eine „konservative islamische Perspektive“ reduziert, die Kinder würden „nicht ordentlich auf ein Leben in einer diversen Gesell-

schaft“ vorbereitet und seien daher von einer „kulturellen Isolierung“ gefährdet.

Der Ofsted-Direktor Sir Michael Wilshaw bestätigte, was in dem Brief über das „Trojanische Pferd“ unterstellt worden war: Ja, es habe seitens radikal-muslimischer Gruppen „eine organisierte Kampagne gegeben, die es auf bestimmte Schulen abgesehen hat“.

„Weiße Prostituierte“

Einige der Beispiele sind tatsächlich erschreckend. Da wurden nichtmuslimische Frauen als „weiße Prostituierte“ abgestempelt oder Redner eingeladen, die für den Kampf der Taliban warben. Ein Lehrer weigerte sich, Frauen die Hand zu geben. Sexualekunde wurde gestrichen. Musikhören war nicht erlaubt. Vormalige bestehende Beziehungen zu anderen Konfessionen wurden eingestellt.

Jetzt ist der Aufschrei groß. Während von rechter Seite der Ruf nach schärferen Kontrollen erschallt, hallt von links der Vorwurf der Islamophobie. Gove erklärte vor dem Unterhaus, dass in Zukunft Schulinspektionen ohne Ankündigung durchgeführt werden können. Zudem würde es ab September eine rechtliche Verpflichtung für alle Schulen geben, „britische Werte zu fördern“. Dazu gehöre das Primat des Zivil- und Strafrechts, religiöse Toleranz und die Ablehnung der Geschlechtertrennung.

Quelle: Jochen Wittmann aus London, „Der Standard“ v. 11.06.14

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

BÜCHER BÜCHER BÜCHER

Richard WAGNER: „Der deutsche Horizont – vom Schicksal eines guten Landes“

Das Buch ist im Aufbau-Verlag erschienen, hat 399 Seiten und kostet € 19,90. Der Autor ist ein nach Deutschland ausgesiedelter Donauschwabe, der sich über die Befindlichkeit und Zukunft seiner neuen Heimat Gedanken macht. Zwei Textproben mögen dies verdeutlichen:

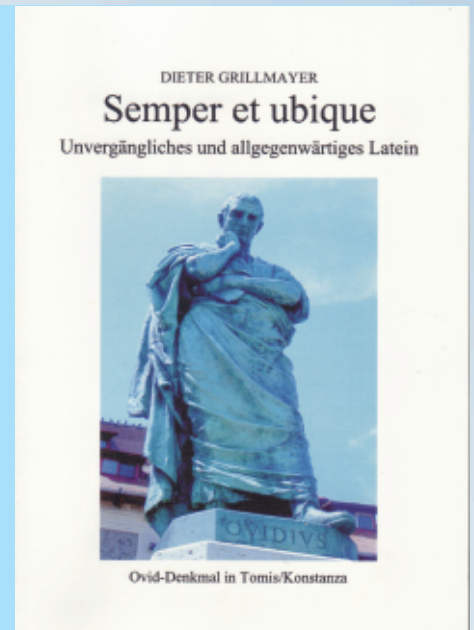
„Die Arbeit, die sich Deutschland mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit immer noch macht, nimmt, als wolle sie zu keinem Ende kommen, immer neue Formen an, die zum Teil mehr die Phantasie antreiben als die Moral. Die Geschichte macht Quote. So führte der Weg von der Trauer zur Einsicht, aber kaum zu einem brauchbaren kollektiven Selbstverständnis. Eine Nation lässt sich nicht am Massengrab aufstellen, jedenfalls nicht mit dem Gesicht zur Zukunft. ...“

„Wie kommt Deutschland aus der Falle heraus, die mit der Anspruchshaltung seiner Bürger entstanden ist? Eine Gesellschaft bewährt sich erst in der Fähigkeit zum kollektiven Verzicht. In schlechten Zeiten zeigt sich Gerechtigkeit in der Bereitschaft der Eliten und der einfachen Bürger zu selbstlosem Handeln im Interesse der Gemeinschaft. ...“

Christian Ruf schrieb dazu in den „Dresdner Neuesten Nachrichten“: *Wenn ein Autor im Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation ein Mehr an Patriotismus einfordert und der Bundesrepublik zwar Defizite bescheinigt, aber andere als die, die das links-liberale Establishment an die Wand malt, dann ist der Ärger vorprogrammiert. Dann rauscht der Blätterwald, wird prompt versucht, den Autor als „Deutschland-über-alles-Nationalisten“, „Reaktionär“ oder gar „Faschisten“ abzuqualifizieren.*

In einer Bildungsgesellschaft sollte unbestritten sein, dass Latein ein abendländisches Kulturgut ersten Ranges ist, dem im Schulunterricht die Funktion eines europäischen Integrationsfaches zukommt. Der Praxisbezug ist dadurch gegeben, dass das Lateinische eine gute Grundlage für das Erlernen lebender, insbesondere romanischer Sprachen darstellt, dass es für das Fremdwörter-Verständnis einen wichtigen Beitrag leistet und dass Latein vermöge seiner strengen Grammatik schließlich auch noch das Verständnis für die Struktur der Muttersprache – oder besser noch von „Sprache an sich“ – fördert. „Semper et ubique“ möchte dazu beitragen, dieses Bewusstsein zu festigen. Neben einem grundlegenden Grammatikwissen vermittelt das Büchlein den Zugang zu Hunderten von lateinischen Spruchweisheiten, Floskeln und Fremdwörtern, ihrer Herkunft und Übersetzung, eingebettet in das historisch-kulturell-politische Umfeld.

Dieses bei BoD Norderstedt erschienene Taschenbuch von Dieter Grillmayer (Paperback, A5) hat 96 Seiten und ist im Buch- und im Internethandel um € 6,90, beim Autor (Adresse siehe Impressum der „Freien Meinung“) um € 5,00 + Versandkosten zu beziehen.



Nach Zentralmatura-Panne: Warum das BIFIE außen pfui und innen hui ist

Hacker-Attacken, Pannen, geschasste Chefs: Warum es das BIFIE – einen seltsamen Zwitter aus Forschungsinstitut und politischem Thinktank – derzeit arg beutelt.

Selige Zeiten waren das, als man es sich im Windschatten Kreiskys gemütlich machte. Der Alte hatte mit seinen Bildungsreformen die Welt in Ordnung gebracht. Zwar gab es ein paar Wissenschaftler, die es besser wussten. Doch sie konnten die Ruhe nicht stören, weil sich Österreich internationalen Erhebungen entzog.

Zu jenen, die seit Langem darauf drängten, sich dem harten Licht der empirischen Forschung auszusetzen, gehörte Günter Haider. 2001, mit dem ersten PISA-Bericht, kam die Wende: Zunächst lag Österreich noch passabel im Mittelfeld. Die Platzierung verdankte das Land einem Stichprobenfehler. Der Schock fuhr drei Jahre später ein, als die Werte in den Keller fielen und ÖVP-Bildungsministerin Elisabeth Gehrler mit dem Finger auf die Migranten zeigte. „Sie sind es, die uns hinunterreißen“, lautete ihre Botschaft.

Auf einer Tagung der Armutskonferenz leiteten Forscher die Geburt der Bildungsempirie ein: Das heimische Bildungswesen laboriert bis dato am hohen Anteil an Risikoschülern und gravierenden sozialen Ungerechtigkeiten. Ein Viertel der 15-Jährigen kann am Ende der Schulpflicht nicht richtig lesen und schreiben.

Das Verhältnis zwischen Lehrerschaft, Politik und den Lieferanten empirischer Evidenz war von Beginn an gespannt. Und das ist es bis heute geblieben, wie die Chaos-Wochen des BIFIE zeigen: Erst brachte ein vermeintliches Datenleck das Institut für „Bildungsforschung, Innovation und

Entwicklung des Schulwesens“ in Verruf. Dann hielt eine Pannenserie rund um die Zentralmatura die Bildungsministerin in Atem.

Vergangene Woche kniete Gabriele Heinisch-Hosek so lange auf den BIFIE-Direktoren, bis diese bereit waren, Ende Juli ihre Posten zu räumen. Ihr Vorgänger Günter Haider hob das Telefon nur noch sporadisch ob, so fassungslos war er über die „fortschreitende Beschädigung des Instituts“. Die BIFIE-Mitarbeiter dürfen mit Journalisten nicht sprechen. Ihre demissionierenden Chefs, Martin Netzer und Christian Wiesner, wollen nicht. Dabei gäbe es über das Haus durchaus Gutes zu berichten.

Als Claudia Schmied (SPÖ) am Wiener Minoritenplatz einzog, nützte sie den im Wahlkampf entfachten Reformfeifer, um 2008 das BIFIE zu gründen. Die Schulen zwischen Vorarlberg und dem Burgenland sollten sich endlich von außen betrachten, so die Idee. Das neue Institut sog die Expertise der Empiriker in Salzburg und diverser Zentren für Schulentwicklung und Begleitforschung in Wien, Graz und Klagenfurt auf.

Mit heißer Nadel wurde ein Gesetz gestrickt und das BIFIE zur juris-

tischen Person öffentlichen Rechts ausgestattet, gesteuert von einem Aufsichtsrat, der die staatlichen Interessen vertritt, und einem wissenschaftlichen Beirat. In der Praxis blieb es jedoch ein seltsamer Zwitter zwischen unabhängiger Forschungseinrichtung, politischem Thinktank und hoheitlicher Verwaltung – mit einem ungeklärten Verhältnis zum Ministerium, von dem es finanziell abhängt.

Haider, sein erster Direktor, liebte es, mit Fakten die Debatte über die Vererbung von Bildung zu befeuern. Ministerin Schmied klagte: „Er treibt mich vor sich her!“ Als sie begann, den Forschern ungehört dreinzureden und kritische Resumes zu beeinspruchen, war es mit der gedeihlichen Zusammenarbeit vorbei.

Die Frage, wie eine politiknahe empirische Forschung aufzustellen ist, scheint aktueller denn je: Sollen BIFIE-Experten ihre Zahlenkolonnen brav abliefern und deren Interpretation dem Ministerbüro überlassen? Dürfen sie ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen und diese auch öffentlich diskutieren? Bis heute wird an den BIFIE-Standorten unterschiedlich gearbeitet und gedacht: In Graz ist eine überschaubare Beamten-

schaft für die Evaluierung der Neuen Mittelschulen (NMS) zuständig. In Wien tüfteln 40 bis 50 Mitarbeiter des „BIFIE alt“ an der Zentralmatura. In Salzburg arbeiten renommierte Wissenschaftler an nationalen und internationalen Erhebungen, von Bildungsstandards bis PISA.

BIFIE-Chef Haider stand mit dem ehemaligen Landesschulinspektor Peter Lucyshyn ein Co-Direktor zur Seite. Das Duo zankte sich ständig. „Unsere Arbeit hat unter ihren Querelen oft gelitten“, stöhnt ein ehemaliger Mitarbeiter. Im März 2012 wurde Lucyshyn abberufen, offiziell wegen „wesentlicher Schwächen im Kontrollsystem“. Ein Jahr später lief Haiders Vertrag aus.

Ihnen sollten handzahme Erfolgsleute folgen. Der eine, Martin Netzer, Gehrers früherer Kabinettschef, der andere, Christian Wiesner, Ex-BIFIE-Projektmanager in Salzburg, ein roter Kandidat. Tatsächlich kehrte an der Spitze ein wenig Ruhe ein, allerdings nur vorübergehend. Nun ist auch dieses Duo schon wieder Geschichte. Im August übernimmt ein interimistischer Leiter das Steuer. Im Gespräch ist Sektionschef Christian Dorninger, der bereits 2012 hinter dem geschassten Direktor Lucyshyn aufgeräumt hatte.

Neue Köpfe können freilich nichts daran ändern, dass es das BIFIE im Spannungsfeld zwischen Politik und Forschung wie eh und je beutelt. Natürlich dürfen Lehrer nicht erst am Tag der Englisch-Matura erfahren, dass sich der Beurteilungsschlüssel geändert hat. Selbstverständlich sollten

unvollständige Mathematik-Aufgaben die Druckerei nie verlassen. So wie es nicht passieren dürfte, dass die Deutsch-Matura mit dem verfänglichen Text eines Nazi-Mitläufers bestritten wird, bei dem die historischen Bezüge fehlen.

Doch auch in der Schweiz oder in Deutschland gibt es Peinlichkeiten am laufenden Band, ohne dass jemand deswegen die Zentralmatura abschaffen will, sagt der Erziehungswissenschaftler Helmut Fend, der in Zürich lehrte und dem wissenschaftlichen Beirat des BIFIE vorsitzt: „Es ist in diesen Ländern common sense, dass die Zentralmatura ein Leistungs-niveau sichert und das Vertrauen in die Schulen stärkt.“

In Österreich hingegen wird jede Panne genützt, alles in Frage zu stellen. Eine Erfahrung, die auch Ex-Direktor Haider in den Knochen sitzt: Ein Mal habe ein wegen fehlender Testhefte erzürnter Direktor allen Ernstes zuerst einen Journalisten und danach erst im BIFIE angerufen: „Sein Problem war in einer halben Stunde gelöst, aber wir sind in der Zeitung ge-standen.“

Inzwischen herrscht in den BIFIE-Büros ein fast paranoides Klima, sagt ein Mitarbeiter: „Alles muss geheim, superschnell und hundertprozentig sein.“ Die Angst, beim geringsten Fehler in der Luft zerrissen zu werden, macht erst recht anfällig für Pannen. Laut Harald Walser, Bildungssprecher der Grünen, hatte das Ministerium die Order ausgegeben, alle Unterlagen, die älter als ein halbes Jahr sind, wegzuworfen. Statt ursprünglich fünf Wochen blieben

am Ende nur zwei Wochen Zeit, neue zu drucken: „Diese Hektik hat dazu beigetragen, dass die Kontrolle versagt hat.“

Die Mädchen und Burschen mussten warten, bis die fehlenden Mathematik-Aufgaben aus dem Internet heruntergeladen waren. Mehr ist nicht passiert. Umso größer war die Empörung der Lehrerschaft. Es könnte ihre Skepsis dem BIFIE gegenüber lindern, wenn sie – wie in Deutschland – bei der Erstellung der Maturaaufgaben eingebunden wären. Dafür plädiert der Linzer Bildungsforscher Johann Bacher.

Den Aversionen gegen internationale Bildungsvergleiche ist schwer beizukommen. Alle drei Jahre treten 4000 von 240.000 Schülern zum PISA-Test an. Dennoch beschwerten sich Lehrer, über die „ewige Testerei“. Sie führe dazu, dass „die Beziehungsarbeit in den Schulen verlorengeht“, sagt Erwin Greiner, ehemaliger AHS-Direktor und Mitarbeiter bei Teach for Austria, einer Initiative, die junge Akademiker als Lehrer an Problemschulen vermittelt.

BIFIE-Errungenschaften wie der „faire Vergleich“ finden über die Landesgrenzen hinaus Beachtung. Er zeigt, an welchen Standorten das Beste aus den Kindern herausgeholt wird und wo die Leistungen – gemessen an der Ausgangslage – unter den Erwartungen bleiben. Verständlich, dass nicht alle Lehrer dankbare Abnehmer dieser Auswertungen sind.

Als Heinisch-Hosek das angebliche Datenleck nützte, um sämtliche Bildungstests auszusetzen,

wurde dies von vielen beifällig quittiert. Nun schauen BIFIE-Mitarbeiter vom Fenster aus zu, wenn Lkws vorfahren, um überflüssig gewordene Unterlagen zu shreddern, und rätseln, ob es der Ministerin wirklich nur darum geht, das Vertrauen in ihr Haus wiederherzustellen.

Deutschland, das seinen PISA-Schock 2001 durchmachte, hat seither in allen Fächern zusammengerechnet um 100 Punkte zugelegt. Schweden fiel um 100 Punkte zurück. Befunde können schmerzlich sein. Doch sie sind unersetzlich, wenn es darum geht, die eigene Richtung in einem Kosmos zu bestimmen, in dem alle anderen sich auch bewegen. Fend: „Hier nachzulassen, wäre ein echtes Drama.“

Quelle: Beitrag von Edith Meinhart in „profil online“ vom 17.5.2014

Die Deutschen

Was ist nur mit den Österreichern los? Wir müssen die Piefke-Saga umschreiben! Der Lieblingsfeind ist uns abhanden gekommen. Wie mein Kollege Peter Klöbl gestern in seinem WM-Report schrieb, glauben 25 Prozent unserer Landsleute an Deutschland als Fußball-Weltmeister, 19 drücken der Mannschaft von Bundestrainer Jogi Löw sogar die Daumen – mehr als jedem anderen Team.

Doch die repräsentative Umfrage von „Football Research in an Enlarged Europe“ verriet noch mehr: Sogar in Ländern wie Dänemark und Polen, die unter dem Besatzungsterror im Weltkrieg gelitten hatten und in deren Bevölkerung lange Zeit eine deutschfeindliche Gesinnung spürbar gewesen ist, kam dieser Siegertipp hinter Spanien auf Platz zwei.

Was ist nur mit der Welt los? Laut einer Studie des britischen Fernsehsenders BBC sind unsere nördlichen Nachbarn das sympathischste Volk der Welt, 59 Prozent sehen sie als „eher positiv“ und nur 15 als „eher negativ“.

Was sagt uns das? Dass sich klassische Feindbilder, nicht nur in Österreich und nicht nur im Fußball, langsam auflösen: Vor allem die Jungen fliegen zu durchaus günstigen Preisen auf ein Wochenende nach Berlin, trinken an der Spree mit Gleichaltrigen einen Aperol Spritz und finden keinen Grund mehr, die nicht zu mögen.

Für uns hat dieser Sinneswandel auch noch einen anderen Grund: Über Jahrzehnte definierten wir uns aus der Abgrenzung zu Deutschland heraus – mittlerweile sind wir aber als Nation derart gewachsen, dass wir uns auf die eigenen Stärken besinnen können. Wenngleich die, ehrlich gesagt, in der Musik noch etwas stärker ausgeprägt sind als im Fußball.

Quelle: Robert Sommer in der „Kronen-Zeitung“ vom 29. Mai 2014

Nochmal eine Bitte an alle Leser der Freien Meinung:

Alle unsere Mitarbeiter schreiben ehrenamtlich in der FM. Die hohen Kosten für Druck und Versand werden aber zunehmend ein Problem. Auch wenn sich vielleicht manche darauf freuen – die Zeitung wird nicht so schnell verschwinden. Die Schulen werden weiterhin mit einer gedruckten Fassung beliefert. Alle anderen Leser bitte ich, sich auf unserer Homepage (www.flv.at) für den Newsletter einzutragen. Sie erhalten jeweils eine Nachricht, wenn die neue FM fertig ist und sie als PDF-Datei herunter geladen werden kann. All jene, die weiterhin ein gedrucktes Exemplar haben wollen, bitten wir um einen Beitrag von 10 Euro pro Jahr auf unser Konto IBAN: AT863411400000026765, BIC: RZOOAT2L114.

Siegfried Neyer

Offener Brief zum Thema „Sprachliche Gleichbehandlung“

an Frau Bildungs- und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und
Herrn Wissenschafts- und Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Mitterlehner

**Sehr geehrte Frau Ministerin Heinisch-Hosek,
sehr geehrter Herr Minister Mitterlehner!**

Die gegenwärtige öffentliche Diskussion zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern veranlasst die unterzeichneten Linguisten, Germanisten, Hochschul-, Gymnasial- und Pflichtschullehrer, Journalisten und Schriftsteller, aber auch andere Personen des Gesellschaftslebens, dringend eine Revision der gegenwärtigen Vorschriften zu fordern. Es ist Zeit für eine Rückkehr zur sprachlichen Normalität.

Die derzeit durch den Frauenförderungsplan von oben her verordnete konsequente getrenntgeschlechtliche Formulierung zerstört die gewachsene Struktur der deutschen Sprache bis hin zur Unlesbarkeit und Unverständlichkeit. Man versuche z. B. nur § 2 des Bundesgleichbehandlungsgesetzes zu lesen und zu verstehen. Die Verpflichtung zur generellen getrenntgeschlechtlichen Formulierung führt darüber hinaus dazu, dass manche Aussagen nun schlichtweg nicht mehr „politisch korrekt“ formulierbar sind, z. B. Sätze wie „Frauen sind eben doch die besseren Zuhörer“. Das Beispiel zeigt klar auf: Die verordneten Vorschriften widersprechen zum Teil den Grundregeln unserer Sprache.

Sprache dient nämlich sowohl in mündlicher als auch in schriftlicher Form einzig und allein der problemlosen Verständigung und nicht der Durchsetzung partikulärer Interessen. Die trotz jahrzehntelanger intensiver Bemühungen gering gebliebene Akzeptanz der feministischen Vorgaben muss zu denken geben:

- Laut jüngsten Umfragen lehnen 85 – 90 % der Bevölkerung die gegenwärtige Praxis der Textgestaltung im öffentlichen Bereich ab.
- Eine wissenschaftliche Untersuchung aus dem Jahr 2013 kam zum Ergebnis, dass in Printmedien nur bei 0,5 % von Aussagen, die auf beide Geschlechter bezogen sind, getrenntgeschlechtlich formuliert wurde.

Die feministisch motivierten Grundsätze zur „sprachlichen Gleichbehandlung“ basieren auf einer einseitigen und unrichtigen Einschätzung der Gegebenheiten in unserer Sprache. Das „generische Maskulinum“ (z. B. Mensch, Zuschauer...) zum Feindbild zu erklären und dessen Abschaffung zu verlangen, blendet die Tatsache aus, dass unsere Sprache ebenso ein „generisches Femininum“ (z. B. Person, Fachkraft...) und ein „generisches Neutrum“ (z. B. Publikum, Volk...) kennt. Alle seit Jahrhunderten als Verallgemeinerungen gebrauchten Wörter umfassen prinzipiell unterschiedslos beide Geschlechter. Die angeführten Beispiele beweisen dies. Es kann also weder die Rede davon sein, dass das jeweils andere Geschlecht nur „mitgemeint“ sei, noch dass das „generische Maskulinum“ ein „geronnener Sexismus“ wäre und für die Unterdrückung der Frau in der Sprache stünde. Die Sprachfrequenzforschung belegt ganz im Gegensatz dazu überzeugend, dass der feminine Artikel „die“ in allen Arten von Texten um ein Vielfaches häufiger repräsentiert ist als der maskuline Artikel „der“.

Folgende aus den angeführten irrigen Grundannahmen entstandenen Verunstaltungen des Schriftbildes sind daher wieder aus dem Schreibgebrauch zu eliminieren:

- Binnen-I, z. B. KollegInnen
- Schrägstrich im Wortinneren, z. B. Kolleg/innen
- Klammern, z. B. Kolleg(inn)en
- hochgestelltes „a“ bzw. „in“ im Anschluss an bestimmte Abkürzungen, z. B. Mag.a, DIin

Alle genannten schriftlichen Verunstaltungen entsprechen einerseits nicht dem derzeit gültigen „Amtlichen Regelwerk“ zur deutschen Rechtschreibung, andererseits enthalten sie zum Teil grammatische oder sprachlogische Fehler und können in den angebotenen Formen nicht unmittelbar gelesen werden. (Näheres dazu ist in diversen Publikationen von Brühlmeier, Kubelik, Pohl u. a. nachzulesen.) Darüber hinaus erscheinen die femininen Formen in solchen Konglomeraten jeweils nur als „Anhängsel“ der maskulinen, wobei die maskulinen Formen durch „Anhängsel“ ebenfalls entstellt werden – keines von beiden Geschlechtern kann sich damit respektvoll angesprochen fühlen.

Auch auf die Forderung, ausweichende Formulierungen zu suchen, ist zu verzichten, weil der Schreiber durch krampfhaftes Suchen nach Ersatzformen häufig vom Wesentlichen des Inhalts abgelenkt wird und andererseits der Leser durch gekünsteltes Wortgut irritiert wird.

Außerdem muss gewährleistet sein, dass durch die traditionsgemäße Anwendung verallgemeinernder Wortformen die Verständlichkeit von Texten wieder den Vorrang vor dem Transport feministischer Anliegen eingeräumt bekommt. Dies vor allem im Hinblick auf

- Kinder, die das sinnerfassende Lesen erlernen sollen,
- Menschen, die Deutsch als Fremdsprache erwerben und
- Menschen mit besonderen Bedürfnissen (z. B. Blinde, Gehörlose, Menschen mit eingeschränkten kognitiven Fähigkeiten)

In Schulbüchern dürfen daher nicht länger sprachlich zerstörte Texte stehen wie „Sie/Er verbindet ihr/ihm die Augen und führt sie/ihn an der Hand zu ihrer/seiner Garderobe.“ In amtlichen Texten und Formularen dürfen nicht länger entstellte Formulierungen zu finden sein wie „Unterschrift ZeichnungsberechtigteR“.

Studenten sollen in ihren wissenschaftlichen Arbeiten nicht länger höheres Augenmerk auf das „richtige Gendern“ zu legen haben als auf den Inhalt ihrer Arbeit (siehe das Interview mit Univ.-Prof. Dr. Rudolf Taschner in „News“ 31/2013).

Sprache war und ist immer ein Bereich, der sich basisdemokratisch weiterentwickelt: Was die Mehrheit der Sprachteilhaber als richtig empfindet, wird als Regelfall angesehen. Wo immer im Laufe der Geschichte versucht wurde, in diesen Prozess regulierend einzugreifen, hatten wir es mit diktatorischen Regimen zu tun. Das staatstragende Prinzip „Demokratie“ verbietet daher a priori sprachliche Zwangsmaßnahmen, wie sie derzeit überhandnehmen. Ein minimaler Prozentsatz kämpferischer Sprachfeministinnen darf nicht länger der nahezu 90-prozentigen Mehrheit der Staatsbürger ihren Willen aufzwingen.

Der Entwurf der ÖNORM A 1080, der die öffentliche Debatte zu diesem Thema ausgelöst hatte, präsentiert einen Vorschlag, der die feministischen Anliegen maximal berücksichtigt, aber andererseits eine Rückkehr zur sprachlichen Normalität ermöglicht. Die Unterzeichneten plädieren daher mit Nachdruck dafür, diesen Entwurf auch auf höchster politischer Ebene zu unterstützen und zur Grundlage der Textgestaltung im öffentlichen Bereich zu erklären.

Dr. Annelies Glander, Zentrum für Translationswissenschaft der Universität Wien

Dieser Brief erreichte mich im Juni 2014 und war zu diesem Zeitpunkt schon von mehreren Hundert Universitätsprofessoren, darunter die Sprachwissenschaftler Dr. Heinz-Dieter Pohl (Univ. Klagenfurt), Dr. Peter Wiesinger und Dr. Herbert Zeman (beide Univ. Wien), Lehrern und anderen Personen des öffentlichen Lebens unterzeichnet worden. Wer noch mitunterzeichnen will, der möge dies der Initiatorin der Aktion, Frau Dr. Annelies Glander, am besten per Adresse annelies.glander@univie.ac.at bekanntgeben.

Dieter Grillmayer

Alles Wurst, oder was?

Kommentar von Josef Pasteiner

Es war einmal der steirische Gastwirtsohn und Modeschüler Tom Neuwirth. Der ehrgeizige 17-jährige schaffte 2006 den 2. Platz bei „Starmania“, was zuwenig für eine Sängerkarriere war. Mit 18 „outete“ er sich als Homosexueller und wurde darauf von Mitschülern gemobbt. Das bestärkte ihn in seinem Sendungsbewusstsein und er gründete mit drei Burschen eine Band, die aber wegen Erfolglosigkeit nach einem halben Jahr scheiterte.

Doch er gab nicht auf und erfand 2011 die Kunstfigur der Conchita Wurst. In engen Frauenkleidern mit langem Perückenhaar erinnert seine Taille an die legendäre „Sissi“, wenn auch ohne Busen. Zu seiner femininen Figur steht der künstliche (?) Vollbart in provokantem Kontrast, was ihm viele Beschimpfungen durch männliche Österreicher einbrachte.

Mit dieser psychologisch gekonnten Provokation und Polarisierung erreichte er schließlich die ersehnte öffentliche Aufmerksamkeit. Tom nennt sich nun Conchita Wurst, erreichte aber bei „Die große Chance“ nur den sechsten Platz. Obwohl der Wurst ständig verbal provoziert (z. B. „Ich bin verheiratet mit einem Mann“) scheitert er bei der Qualifikation für den Song Contest 2012 mit dem 2. Platz. Doch er gibt nicht auf. „Freunde“ trainieren den Travestie-Künstler bis zur Perfektion in Aussehen, verbaler Schlagfertigkeit, sensibler Mimik und Gestik, sowie in Englisch und vor allem seine hohe Stimme. 2013 wird er vom ORF, erstmals ohne Ausscheidungsverfahren, als Vertreter Österreichs beim Song Contest 2014 nominiert. Perfekt gestylt als superschlanke Frau mit Vollbart, mit tollen Lichteffekten

und stimmlich grandios schafft er es mit dem englischen Song „Rise like a Phoenix“ endlich zum Sieg. Dazu kommen pointierte Aussagen, wie „in a future of peace and freedom“ oder „es geht um Zeichen für eine Welt ohne Ausgrenzung und Diskriminierung. Das ist auch ein Signal an Wladimir Putin.“

So wird „sie“ endgültig zum Liebling der Journalisten und damit der veröffentlichten Meinung. Auch seine „Bart Mitterndorfer“ jubeln über die „Queen of Austria“ und ihre Botschaft: „Jeder darf sein wie er ist“. Er ist der neue Superstar für die zwei Prozent der österreichischen Homosexuellen, wie Alfons Haider und Gery Keszler, der schon jubelt: „Wir alle freuen uns auf den Höhepunkt beim Life Ball mit Conchita“. Er/Sie ist aber auch die neue Kultfigur junger und alter Linker wie Bundespräsident Fischer, der feststellt: „Das ist nicht nur ein Sieg für Österreich, sondern vor allem Vielfalt und Toleranz in Europa“.

Gilt das alles nun auch für Burschenschaftler, Freiheitliche und Besucher des Akademikerballs? Der linke ÖVP-Minister Rupprechter hofft nun jedenfalls auf „mehr


Rechte für Homosexuelle“. Selbst H. C. Strache und Finanzminister Spindelegger können nicht umhin, Tom Neuwirth zu gratulieren. Nur der FPÖ-Spitzenkandidat für die EU-Wahl, Vilimsky, wagt zu sagen, dass ihm das deutsche Lied des Siegers von 1966, Udo Jürgens, „Mercy Cherie“ besser liege. Der populäre Soziologe Girtler meint, dies heiße „in unserer Gesellschaft kann endlich jeder so leben wie er will“. Dazu passt der jüngste Ausspruch des Conchita: „Ich will keine Frau sein. Ich mieme nur eine Frau und liebe es, mich zu schminken.“ Zuhause läuft er nämlich weiter ungeschminkt in bequemer Männerkleidung, ohne High Heels und Perücke herum.

Das alles dürfte aber nun doch viele Frauen irritieren. Für die von den Linken so hofierten Muslime mit ihren Kopftuchfrauen ist das ganze Spektakel sicher eine weitere Bestätigung, wie dekadent das ehemals christliche Europa schon ist. Wenn sie aufgrund unseres Geburtenmangels und weiterer intensiver Zuwanderung in 30 bis 50 Jahren die Mehrheitsbevölkerung stellen, ist zu befürchten, dass sie auch die Scharia einführen. Im islamischen Recht steht auf Homosexualität die Todesstrafe.



Interessiert?

Freiheitlicher Lehrerverband
Blütenstraße 21/1
4040 Linz



Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

Tel.Nr.: E-Mail:

Geboren am:

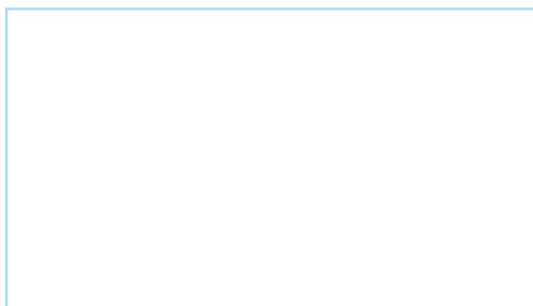
Ich trete dem FLV / Landesverband bei.

Datum: Unterschrift:

**Sie wollen mit uns in Kontakt treten?
Sie möchten mit uns diskutieren?
Sie interessieren sich für uns?**

**... nur mal kontaktieren?
Schreiben Sie an eine dieser Adressen
oder schicken Sie eine Mail an FLV@gmx.at**

**Sie möchten beitreten und mitmachen?
Bitte sehr, gerne!
Beitrittserklärung ausfüllen oder
einfach nur Mail schicken!**



Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger Landeslehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Mag. Johann Lehrer
5322 Hof, Am Römerfeld 18

Freiheitlicher Lehrerverein Steier- mark

8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 10/4
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternigg
6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
9500 Villach, Distelweg 2

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag, Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner